

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 48 (1956)
Heft: 12

Artikel: Bankrott der polnischen Gewerkschaftspolitik
Autor: Bardach, M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353770>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bankrott der polnischen Gewerkschaftspolitik

Die polnischen Kommunisten haben unmittelbar nach der Vertreibung der deutschen Okkupanten aus Polen mit den üblichen Methoden die Vertreter der nichtkommunistischen Parteien aus der Regierung herausgedrängt, ein rein kommunistisches Regime errichtet, welchem die treuen Jünger Stalins einen bolschewistischen Wirtschafts- und Verwaltungsmechanismus aufgepfropft, obwohl Lenin, der Schöpfer des Bolschewismus, vor einer mechanistischen Uebernahme der russischen bolschewistischen Institutionen durch andere Länder warnte und vor allem eine Berücksichtigung der objektiven und nationalen Verhältnisse eines jeden Landes bei Aufrichtung eines kommunistischen Regimes forderte. Die blinde und mechanische Stalinisierung der Ostblockstaaten mußte zu einer Entladung der durch sie verursachten Unzufriedenheit der Arbeiter führen, weil ihnen das Regime nicht nur die in jahrzehntelangen Kämpfen erworbenen Errungenschaften raubte, sondern auch weil es ihre wichtigste Verteidigungsposition, die Gewerkschaften, entmachtete.

Die polnische Arbeiterschaft ging infolge der Brutalitäten der Hitlerischen Besetzung aus dem Zweiten Weltkrieg sehr geschwächt hervor. Von den drei Millionen in Industrie und Verkehr in der Vorkriegszeit beschäftigten Arbeitern sind kaum 1½ Millionen geblieben. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften aus der Vorkriegszeit waren in der Minorität. Die Kommunisten wußten, daß sie diese gewerkschaftlich geschulten Arbeiter nicht vor ihren Wagen werden spannen können, denn dieser Teil der Arbeiter war nicht gewillt, seine in schweren Kämpfen erworbenen Errungenschaften sich entreißen zu lassen. Die Kommunisten hofften aber, mit Hilfe der nichtorganisierten Arbeiter die Arbeiterschaft zu spalten, die früheren Gewerkschaftsmitglieder zu isolieren und so eine Einheitsfront der Arbeiter zu verhindern, um so mehr, als die früheren gewerkschaftlichen Kader von Hitler vernichtet worden waren,

Die Hoffnungen der Kommunisten haben sich glücklicherweise nicht erfüllt; die geschulten Gewerkschafter aus der Vorkriegszeit schufen einen Sammelpunkt der polnischen Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit. Die kommunistische Arbeiterpolitik, die allzu große Forderungen an den einzelnen Arbeiter stellte, und die Ausbeutung der Arbeitskraft schmiedeten die Einheitsfront der Arbeiter, die an die gewerkschaftliche Politik der Vorkriegszeit anknüpfte.

Die polnische Arbeiterschaft zählt heute über sechs Millionen, die zum großen Teil klassenbewußt sind und sich der bolschewistischen Gewerkschaftspolitik widersetzen. Die polnische Gewerkschaftspolitik hat Schiffbruch erlitten. Die Zahl der in der kommunistischen Partei organisierten Industrie- und Transportarbeiter hat abgenommen. Während zur Zeit des Vereinigungsparteitages die

Partei in ihren Reihen 900 000 Arbeiter zählte, gehörten im Zeitpunkt des zweiten Parteitages, im März 1954, nur 627 000 Arbeiter zur Partei. Die Partei hatte also 12 Prozent ihres Arbeiterbestandes verloren, die Zahl der zur Partei gehörenden Arbeiter ist von 60 Prozent auf 48 Prozent gefallen. Innerhalb von fünf Jahren kehrten 273 000 Arbeiter der Partei den Rücken. Der bewußte Teil der polnischen Arbeiter hat die Reihen der KP verlassen. Dem Regime war das gut bekannt. Am 5. August 1954 veröffentlichte das polnische Gewerkschaftsorgan «Głos Pracy» (Stimme der Arbeit) einen Artikel: «Wachsamkeit ist weiter Pflicht.» Dort heißt es:

Wir begegnen überall, wo die Gewerkschaften die Rolle übersehen, die sie bei der Erhöhung der Produktion, in der Organisation des sozialistischen Wettbewerbs und bei der Senkung der Gestehungskosten zu spielen haben, Spuren des Sozialdemokratismus und gewerkschaftlicher Abweichungen. Jene, die die individuellen Interessen über die der Produktion stellen, wiederholen bewußt oder unbewußt die Fehler der Sozialdemokratie und gewerkschaftlicher Abweichungen. Wir müssen aber ebenso den entgegengesetzten Abweichungen aus dem Wege gehen, nämlich nur an die Produktion zu denken und die Bedürfnisse der Arbeiter aus dem Auge zu verlieren. Diese Abweichungen führen zur Verringerung des Prestige der Gewerkschaften in der Arbeiterschaft, zum Verlust des Kontaktes mit ihr und bahnen den Weg den Leuten aus der WRN. (Die Parolen der illegalen sozialistischen Partei während der deutschen Besetzung.)

Diesen Sozialdemokratismus und Tradeunionismus sieht der Autor im Kampfe der Arbeiter gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft, in ihrer Bekämpfung der Theorie des «Produktivismus», als des einzigen Weges zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und in der Forderung nach Entwicklung der Konsumgüterproduktion. «Man muß diese Einstellung», heißt es in dem Artikel, «deren Ursprung sozialdemokratisch ist, bekämpfen. Jeder Rückzug einer Organisation aus der Kampffront für die Produktion wäre eine Wiederherstellung des Sozialdemokratismus und Tradeunionismus.»

In der polnischen Metropole, in Warschau, in welcher sich der Sitz des Zentralrates der Gewerkschaften befindet, tritt der Boykott der KP durch die Betriebsarbeiter am deutlichsten hervor. In Nummer 6 des theoretischen Parteiorgans «Nowe Drogi» (Neue Wege) vom Jahre 1954 konstatierte *Stefan Kolski*, daß ungeachtet des Zuwachses der Gesamtzahl der Arbeiter zwischen 1950 und 1954 um 200 000 in Warschau der Prozentsatz der Betriebsarbeiter, die der KP angehören, von 54,9 Prozent auf 38,4 Prozent gefallen ist, vor allem in den Arbeitervierteln. Kolski unterstrich die Tatsache, daß nur wenig qualifizierte Arbeiter der Partei angehören, und erklärte, daß in der Automobilfabrik in Zeranien nur 7 Prozent der Fräser Parteimitglieder sind. An mehreren Baustellen in Warschau gehörte kein einziger Maurer, kein Zimmermann, kein Betonarbeiter der Partei an.

In derselben Nummer der zitierten Zeitschrift erläuterte *St. Szczepanski* in dem Artikel «Partei und Gewerkschaften», worin der Sozialdemokratismus und Tradeunionismus bestehe: In der Forderung nach «angeblicher» Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der KP. «Die Schädlinge fordern, daß die Gewerkschaften sich nicht mit den Problemen der Entwicklung der Produktion befassen, daß sie keinen sozialistischen Wettbewerb organisieren. Die Aufgabe der Gewerkschaften sollte der Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, die Verteidigung der Arbeiter sein.»

Sozialdemokratismus und Tradeunionismus sind also nach Ansicht der kommunistischen Gewerkschaftsmanager der Kampf um die vom Regime außer Kraft gesetzten gewerkschaftlichen Rechte.

Der heftige Widerstand der polnischen Arbeiter gegen das Regime zwang die Gewerkschaftsbükratie zu Konzessionen. Am 15. Februar 1955 erklärte der Sekretär des Zentralrates der Gewerkschaften, Artur Starewicz, im Rundfunk: Auf dem vierten Plenum des Zentralrates werde über die Aenderung der polnischen Gewerkschaftspolitik beraten werden, die sich mit der Verteidigung der Interessen der werktätigen Massen befassen soll. Es blieb aber nur beim Versprechen.

Die polnische Arbeiterschaft verblieb gegenüber dem Regime nicht in der Abwehr, sie ist zur Offensive übergegangen, die der besonderen Situation des heutigen Polen angepaßt war. Da die Versuche, Streiks in Lodz und Chorzow durchzuführen, mißlungen sind und viel Menschenleben kosteten, wählten die Arbeiter eine andere Methode. Sie arbeiteten nur soviel, um existieren zu können, lehnten aber jede von ihnen geforderte zusätzliche Arbeit ab. Infolgedessen ist die Produktivität gering, die Senkung der Produktionskosten und das Produktionsvolumen entsprechen nicht den Anforderungen der Wirtschaftspläne.

Das Tauwetter, das nach dem 20. Kongreß der russischen Bolschewiken in Polen begann, hätte die offiziellen Kreise veranlassen müssen, die den Arbeitern gemachten Versprechungen zu verwirklichen. Den offiziellen Kreisen war die Unhaltbarkeit der herrschenden Zustände, die aus der Disproportion der Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft folgten, bekannt. Die dem volksdemokratischen Regime nicht feindlich, zumeist freundlich gesinnten Ausländer, die Polen im Jahre 1955 besuchten, wie zum Beispiel der französische Linkskatholik *François Sellier*, warnten vor einer Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik, für die, wie Sellier schrieb, «niemand in Polen es notwendig findet, Opfer und noch so schwere Opfer zu bringen». *William Clark*, Redaktor am «Manchester Guardian», der auch im Jahre 1955 Polen besuchte und vom polnischen Wiederaufbau entzückt war, sagte eine Katastrophe voraus, wenn die Industrialisierung im selben Tempo fortgesetzt, statt daß die Landwirtschaft intensiviert würde. Diese Mahnungen fanden

keine Beachtung. Wohl hat der Vorsitzende der Gewerkschaften, *Viktor Klosiewicz*, auf der Vollversammlung des Zentralrates der Gewerkschaften, am 13. und 14. Januar 1956, gegen die Verletzung der Arbeiterrechte und Verstöße gegen die Arbeitsgesetze protestiert. *Klosiewicz* befaßte sich auf dieser Tagung endlich mit Problemen der Gewerkschaftsarbeit, die in den früheren Jahren nie zur Debatte standen.

Klosiewicz stellte fest, daß viele Arbeiter unter dem Sechsjahresplan von der Erhöhung der Reallöhne nicht profitierten und noch am Schluß des Sechsjahresplans denselben Nominallohn erhielten wie zu seinem Beginn. *Klosiewicz* führte einige sehr krasse Verletzungen der Arbeitsrechte an:

In zahlreichen Unternehmen der Leichtindustrie sind wir auf Verstöße gegen die Arbeitsbestimmungen für Frauen und Jugendliche gestoßen... In *Zgierz* wird beispielsweise von den Frauen in der dortigen Baumwollweberei verlangt, daß sie Ballen mit einem Gewicht von 200 kg schleppen, obwohl nach den Verordnungen ein Ballen für je zwei Frauen nicht mehr als 50 kg wiegen darf... In vielen Fällen werden jugendliche Arbeiter zu Nachtschichten von 10 bis 14 Stunden herangezogen... In der chemischen Industrie stehen Frauen an Arbeitsplätzen, die für sie gesetzlich verboten sind... Vorschriften, nach denen schwangeren Frauen leichte Arbeiten zuzuweisen sind, werden nicht beachtet.

Klosiewicz bemängelt, daß den Arbeitern in Transport und Verkehr wie den kaufmännischen Angestellten oft der gesetzliche Urlaub verweigert wird. Sie erhalten auch nicht die ihnen gesetzlich zukommenden Zuzahlungen zu den Ueberstunden und müssen oft auf ihre Bezahlung verzichten. Schließlich beklagte *Klosiewicz* die Vernachlässigung der Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften und machte die Gewerkschaften für diese Mißbräuche verantwortlich.

Die außerordentlich scharfe Rede des kommunistischen Gewerkschaftsvorsitzenden ließ die Manager des Regimes kalt. Die «Mauer der Unzufriedenheit zwischen der Betriebsleitung und der Arbeiterschaft blieb bestehen», konstatierte am 1. März 1956 das Parteiorgan, die «*Trybuna Ludu*» (Volkstribüne).

Im Warschauer «*Tygodnik Powszechny*» (Allgemeine Wochenschrift) vom 29. Januar 1956 schilderte *Jerzy Lohmann* die Unzulänglichkeiten, die das Leben der polnischen Arbeiter bedrückten:

Niedrige Tariflöhne in manchen Zweigen der Wirtschaft und Verwaltung; Ueberlastung der Menschen mit Arbeit, die sozialistischen Wettbewerbe, die Arbeiter zu unmenschlichen Anstrengungen zwingen; die Ueberbeanspruchungen des Volkes durch Versammlungen und Verpflichtungen mannigfacher Art; die schlechte Qualität der Konsumwaren; der Mangel an Wohnungen; die Großspurigkeit, Dummheit und Mangel an gutem Willen, der unter den Funktionären herrscht.

Der scharfe Gegensatz zwischen den Betriebsleitungen und der Belegschaft entstand vor allem deshalb, weil die Sekretäre der Betriebskomitees zu Helfershelfern der Betriebsleitung herabgesunken sind, die Betriebsleiter ihre Macht über die Belegschaft erhöhten und sich das Recht herausnahmen, die Mitglieder der Betriebskomitees selbst zu ernennen. «Niemand», schrieb «Zycie Warszawy» (Warschauer Leben), «wagte, den Mund zu öffnen, der Betriebsleiter war eine gefürchtete Person, ein Diktator des Betriebes. Da die Mehrheit der Belegschaft keine organisierten Kommunisten waren, erklärten Betriebsleiter oft, daß es Gegner der Kommunisten sind, die in Opposition zum Regime stehen.»

Die Diskussion nach dem 20. Kongreß brachte auch den wohlfundierten Artikel des Wirtschaftspolitikers *Bohdan Drozdowski*, der in der «Kronika» (Chronik) sich nicht mehr mit Einzelforderungen zur Liberalisierung des Regimes begnügte, der vor allem die durch die Bürokratie verunglückte Wirtschaftspolitik geißelte und ganz klar die Forderung nach *autonomen Gewerkschaften* erhob, die allein Polen aus dem Wirtschaftsdilemma hinausführen könnten und die Arbeiterschaft zu zufriedenen Mitarbeitern in der Planwirtschaft machen würden. Drozdowski hat den Punkt auf das i gesetzt. Nur wenn die Arbeiterschaft autonome Gewerkschaften haben wird, die ihre Forderung gegenüber den Managern wirksam vertreten würden, könnte ein normales wirtschaftliches Leben in Polen – wie übrigens auch in den anderen Volksdemokratien – wiederbeginnen.

Die Explosion in Posen konnte für die Manager des kommunistischen Regimes keine Ueberraschung sein. Die Gegensätze zwischen ihnen und der Arbeiterschaft waren weit und breit fast zwei Jahre in aller Öffentlichkeit diskutiert worden. Ausländische, nicht-regimefeindliche Besucher haben auf die Unhaltbarkeit der Zustände aufmerksam gemacht. Noch im Mai 1956 wies der Labour-abgeordnete *Crossman* im «Daily Mirror» darauf hin, daß dieses arme Land, wo die Wohnungsfrage brennend ist, sich keine Paläste für die Parteisitze der Bonzen leisten könne.

In Lublin, Wroclaw und Lodz brodelte es. Wie der Sonderberichterstatter des «Monde», *Philippe Ben*, der nach dem Posener Aufstande andere polnische Städte besuchte, am 12. Juli schrieb, ging es den Arbeitern in Lodz, dem Zentrum der polnischen Textilindustrie, noch schlechter. So verdienten im Juni 1956 in einer Maschinenfabrik viele Arbeiter nicht mehr als 600 Zloty, die Textilarbeiter zwischen 800 bis 1000 Zloty monatlich.

Es zeugt von verbohrtem Stalinismus, daß der zuständige Minister die Forderungen der Posener Arbeiter ablehnte. Die Arbeiter schritten zur Verteidigung, zur imposanten Demonstration. Wer den ersten Schuß abgab, der so viele Opfer verursachte, weiß die Staatsanwaltschaft nicht. Berichte von sachkundigen Augenzeugen der Er-

eignisse gibt es leider nicht. Vielleicht hat der Mitarbeiter der Belgrader «Politika» recht, der erklärte, daß es die Stalinisten waren, die um ihre Positionen bangten und auf diese Weise das Rad zurückdrehen wollten.

Im polnischen Politbüro ging schon seit langem ein Kampf zwischen dem Parteisekretär *Ochab*, einem verbissenen Stalinisten, der vieles auf seinem Kerbholz hat, und dem aus der PPS hervorgegangenen Ministerpräsidenten *Cyrankiewicz*. Um *Cyrankiewicz* scharen sich die liberalen entstalisierungseifrigen Elemente, sie, die für eine Nöp eintreten; sie haben bis jetzt einige Erfolge erzielt; «harte» Spitzenfunktionäre wurden aus hohen Stellungen entfernt. Der Kampf geht weiter. *Cyrankiewicz* verhandelt mit dem jahrelang verhafteten *Gomulka*, der bei der Durchführung einer sozialistischen Politik die Berücksichtigung der polnischen und objektiven Verhältnisse forderte. *Gomulka* verlangt die Aenderung der Wirtschaftspolitik und vor allem die Entfernung des Planungsdiktators *Minc*.

Wenn man auch noch nicht sagen kann, daß die Linie *Cyrankiewicz* sich durchsetzte, wenn auch Moskauer Stalinisten *Ochab* noch halten wollen, so mußte dennoch dieser zugeben:

Die Ursprünge dieser Zwischenfälle sind viel tieferer Natur. Die Ereignisse selbst sind für uns eine Mahnung. Sie erbringen den Beweis, daß *in den Beziehungen zwischen der Partei und den verschiedenen Bevölkerungsschichten tiefe Unstimmigkeit herrscht*. Lange vor der Revolte von Posen hat sich das Zentralkomitee mit Maßnahmen befaßt, die zur Hebung des ungenügenden Lebensniveaus der Arbeiterbevölkerung zu ergreifen wären. Die auf diesem Gebiete erreichten Verbesserungen des Sechsjahresplanes sind ganz unzureichend gewesen. Der Grund hierfür ist in der allgemeinen Lage der polnischen Wirtschaft zu suchen.

Ungeachtet des Sukkurses, den die Russen den «Harten», das heißt den Stalinisten in Polen, leisteten, ging *Gomulka*, der infolge seiner konsequenten antistalinistischen Linie selbst im ZK Rückhalt fand, als Sieger hervor. Auch *Ochab* wich zurück. Als neuer Parteisekretär sagte *Gomulka* dem polnischen Volk in einer von allen polnischen Sendern verbreiteten Rede die volle Wahrheit über die traurige Lage des Landes, kündigte Aenderungen und Erleichterungen an. Er forderte für Polen Ausweitung der inneren Autonomie, betonte aber, daß er am polnisch-russischen Bündnis festhalte. Konsequent und energisch werden jetzt Partei-, Regierungs- und Wirtschaftsapparat von Stalinisten gesäubert, Moskaus polnischer Statthalter, Marschall *Rokossowski*, wurde mit den anderen sowjetischen Offizieren entlassen, der bisherige Wirtschaftsdiktator *Minc* wurde ausgebootet.

Vom 20. bis zum 23. August 1956 fand eine Tagung des Zentralrates der polnischen Gewerkschaften statt, in welcher der Vorsitzende, *Viktor Klosiewicz*, ein hartgesottener Stalinist, der sich dessen bewußt ist, daß er seine baldige Absetzung zu erwarten habe, eine

von Arbeiterfreundlichkeit triefende Rede hielt, in der er das Sündenregister der Gewerkschaften aufzählte und eine Liberalisierung der Gewerkschaftspolitik ankündigte. Klosiewicz vergaß auch nicht, den Arbeitern einzupauken, daß die Verbesserung der Lage der Arbeiter in der «restlosen Erfüllung der Produktionspläne» besteht. Nach einer für die Gewerkschaftsleitung nicht sehr angenehmen Diskussion wurde eine Resolution beschlossen, in welcher gefordert werden:

Revision der geltenden Kollektivverträge, Beibehaltung der gemeinsamen Sitzungen des Zentralrates der Gewerkschaften und der Ministerien, über die die Arbeiter betreffenden Fragen, Abschaffung der Privilegien einer Fabrikabteilung, ohne daß die andern Abteilungen des Werkes in ihren Genuß kämen, Verunmöglichung der fortschreitenden Teuerung und Verhinderung des Verschwindens der billigen Waren vom Markt, Verbesserung der beruflichen Ausbildung, allmähliche Angleichung der Rechte der manuellen und Kopfarbeiter, Erhöhung der Renten und Herabsetzung der unteren Altersgrenze für Pensionen. Natürlich, in der Resolution fehlen nicht: Intensivierung der «sozialistischen Erziehung der Massen» und «Stärkung der Arbeitsdisziplin».

Es ist erfreulich, daß sich die Gewerkschaften endlich auf ihre eigentlichen Aufgaben besonnen haben und in der Resolution sogar die Unabhängigkeit der polnischen Gewerkschaften verlangen. Der Zentralrat wurde aufgefordert, alle Entscheidungen, die der «Demokratisierung» der Gewerkschaften entgegenstehen, zu überprüfen und aufzuheben wie auch dafür zu sorgen, daß die «demokratischen» Grundsätze bei der Wahl neuer Funktionäre eingehalten werden und daß der Wille der großen Masse der Gewerkschaftsmitglieder respektiert werde.

Von einem Beschluß eines Gremiums bis zu seiner Verwirklichung ist noch ein weiter Weg, namentlich, wenn an seiner Spitze ein stalinistischer Bürokrat wie Viktor Klosiewicz steht. Es ist aber zu hoffen, daß es sehr bald aus dem Gewerkschaftsapparat verschwinden und daß Gomulka der Gewerkschaftspolitik eine andere Wendung geben wird.

Dr. M. Bardach

Die Tschechoslowakei nach dem 20. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Unter den vielen Nachrichten, die während des Aufstandes in Posen von den Agenturen verbreitet wurden, die aber den Tatsachen nicht entsprachen, befand sich auch eine von der Presse übernommene Nachricht der UP, daß in der Fabrik Svit, einer früheren Batafabrik, Unruhen ausgebrochen wären. Beobachter der Ereignisse in den Satelliten-